



Bundestags- brief

Nr.209 • Die Woche im Bundestag • 24.03.2017



DEUTSCHER BUNDESTAG

**Prof. Monika
Grütters MdB**

Tel.: 030/227 70222

Fax: 030/227 76223

monika.gruetters@
bundestag.de

www.monika-gruetters.de

Den Filmstandort Deutschland voranbringen

Der Film ist einerseits ein Kulturgut, das beispielsweise Sprachgrenzen spielend überwindet und so Millionen von Menschen direkt anspricht. Gleichzeitig ist die Filmbranche für Deutschland und gerade auch für Berlin ein bedeutender Wirtschaftszweig.

So wurden eine Reihe bedeutender internationaler Kinoproduktionen in Deutschland gedreht. Dazu gehören unter anderem „Bridge of Spies“ von Steven Spielberg, „Monuments Men“ von George Clooney oder auch „Grand Budapest Hotel“ von Wes Anderson.

Aber auch der deutsche Film hat in den letzten Jahren eine erfreuliche Entwicklung genommen: Der Marktanteil deutscher Filme an den Kinokassen betrug im Jahr 2015 inzwischen wieder mehr als 27 Prozent, während er noch um die Jahrtausendwende bei nur 10-15 Prozent lag.

Auch im Ausland sind deutsche Produktionen wieder erfolgreich. Zuletzt wurde etwa „Toni Erdmann“ von Maren Ade auf internationalen Filmfestivals von der Kritik gefeiert und auch viele weitere Produktionen schaffen inzwischen den Sprung in ausländische Märkte.

Deshalb ist es mir ein Anliegen, die Filmförderung des Bundes in ihren Strukturen und in ihrem Umfang zu stärken. Mit dem Inkrafttreten des novellierten Filmförderungsgesetzes am 01. Januar 2017 haben wir die rechtlichen Grundlagen der Filmförderung aktualisiert, Verfahren vereinfacht und die Voraussetzungen für eine effizienter Förderung geschaffen.

Zugleich tragen wir aber auch dafür gesorgt, das Volumen der Filmförderung zu steigern und so die Konkurrenzfähigkeit des Filmstandortes Deutschland im internationalen Vergleich sicherzustellen.

Neben den bereits etablierten Deutschen Filmförderfonds (DFFF), dessen Volumen 50 Millionen Euro beträgt, tritt ab dem nächsten Jahr ein DFFF 2, der vor allem den Bedürfnissen von Großproduktionen Rechnung tragen soll, die im DFFF bisher so nicht abgebildet werden konnten. Er wird mit 75 Millionen Euro ausgestattet sein. Hinzu kommen die Mittel für die kulturelle Filmförderung in Höhe von 25 Millionen Euro jährlich.

Damit wird die Filmförderung des Bundes künftig auf drei Säulen ruhen: Kulturelle Filmförderung sowie DFFF und DFFF 2 kommen insgesamt auf eine Höhe von 150 Millionen Euro.

Das entspricht einer Verdopplung der bisher zur Verfügung stehenden Mittel und wird die Entwicklung des Filmstandortes Deutschlands und auch des deutschen Films insgesamt spürbar voranbringen.

Hinzu kommt der mit insgesamt drei Millionen Euro dotierte Deutsche Filmpreis. Als höchst dotierter deutscher Kulturpreis unterstreicht er noch einmal die Bedeutung, die der Bund dem Film zumisst.

Am 16. März 2017 sind die Nominierungen für die diesjährige Vergabe des Deutschen Filmpreises bekannt gegeben worden. Sie können unter www.deutscher-filmpreis.de/nominierungen-2017/ eingesehen werden.

Der Verleihung am 28. April 2017 im Palais am Funkturm sehe ich schon jetzt mit großer Freude entgegen. Neben den spannenden Entscheidungen über die PreisträgerInnen wird die Verleihung wieder einmal beweisen, welche Vielfalt und künstlerische Qualität der deutsche Film - auch dank auskömmlicher Förderung - inzwischen wieder zu bieten hat.

60 Jahre Römische Verträge – Europa bleibt unsere Zukunft

Der Ausgang der Wahlen in den Niederlanden hat es gezeigt: Unser Europa wird von einer breiten Mehrheit getragen und der Populismus ist kein Selbstläufer. Vor 60 Jahren unterschrieben mutige Staatsmänner aus den sechs Gründungsstaaten der EWG wie Konrad Adenauer die Römischen Verträge, die die Grundlagen für unserer Zusammenleben in Europa bis heute bestimmen.

Auf diesen Jahrestag können wir als Europäer und Deutsche mit Stolz zurückblicken. Europa hat Frieden und Wohlstand gebracht, diese wohl größten Geschenke der Gründungsväter Europas gilt es zu bewahren. Nicht nur die politischen Vermächtnisse von Konrad Adenauer und Helmut Kohl fordern uns dazu auf. Gerade in einer Zeit, in der Gegner Europas versuchen, die Europäische Union zu zerstören oder wie Großbritannien sich von Europa zu isolieren, ist es Aufgabe von CDU und CSU, für Europa einzutreten und zu kämpfen.

Immer, wenn Europa vor großen Aufgaben stand, waren Christdemokraten Bundeskanzler. So ist es auch heute. Mit unserer Bundeskanzlerin Angela Merkel werden wir die EU trotz des gegenwärtig schwierigen Fahrwassers voranbringen. Wir wollen nicht mehr, sondern in den entscheidenden Dingen ein besseres Europa: bei der inneren und äußeren Sicherheit, bei der Wettbewerbsfähigkeit, bei der Digitalisierung, beim weltweiten Werben für Freihandel. Deutschland bleibt unsere Heimat, Europa unsere Zukunft.

Menschen effektiv vor Verbrechen und Kriminalität schützen

Schritt für Schritt sorgen wir auch in dieser Woche für mehr Sicherheit in unserem Land. Dabei setzen wir unter dem Stichwort Vermögensabschöpfung dort an, wo es Kriminellen besonders weh tut: beim Geld. Vermögenswerte aus strafbaren Handlungen können zukünftig schneller, wirksamer und umfassender wieder entzogen werden. Das gilt auch für Diebesgut und andere Taterträge, die keiner konkreten Straftat zugeordnet werden können, die aber offenkundig aus kriminellen Aktivitäten herrühren.

Insbesondere zur Bekämpfung von Einbruchsbanden, deren Aktivitäten zugenommen haben, geben wir damit Gerichten und Staatsanwaltschaften ein wichtiges Instrument an die Hand.

Auch bei der Terrorbekämpfung kommen wir einen weiteren Schritt voran. Wir beraten in dieser Woche das Fluggastdatengesetz, das die Verwendung von Fluggastdaten zur Verhütung und Verfolgung von terroristischen Straftaten und schwerer Kriminalität ermöglicht. Denn eins ist klar: Terroristen und Kriminelle machen nicht vor Grenzen halt. Um Straftaten zu verhindern und aufzuklären, müssen wir wissen, wer wann per Flugzeug die Grenzen des Schengenraumes überschreitet.

Zudem ist es uns gelungen, dass die KfW nunmehr einbruchsschützende Maßnahmen wie sichere Fenster und Türen oder Alarmanlagen bereits ab einer Investitionssumme von 500 EUR fördert. Dies macht das Programm insbesondere für Mieter attraktiv, da die bisherige Mindestinvestitionssumme 2.000 EUR betrug.

Investitionen in die Zukunft steigen kräftig

Die Ausgaben im Bereich Bildung, Forschung und Wissenschaft in Deutschland haben im Jahr 2015 einen deutlichen Zuwachs erfahren. Nach vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes betragen die Gesamtinvestitionen in Zukunftsbereiche 275,8 Milliarden Euro, was einem Anteil von 9,1 Prozent des Bruttoinlandsproduktes entsprach. Ein Großteil des Anstiegs von 8,8 Milliarden Euro bzw. 3,3 Prozentpunkten gegenüber dem Vorjahr entfiel auf Bildungs- und Betreuungsangebote.

Wie die Statistiker mitteilten, stiegen die Ausgaben im Gesamtbetrachtungszeitraum von 2011 bis 2015 für Schulen und den schulnahen Bereich um 7,2 Prozent, für Hochschulen um 13,5 Prozent sowie für Kindertageseinrichtungen um 37,7 Prozent. Damit waren es vor allem Investitionen in Angebote für Kleinkinder, die den deutlichen Zuwachs verantworten. Ebenso stieg das Volumen für Weiterbildung und Angebote zur Jugendarbeit (9,6 Prozent), darunter allein für betriebliche Weiterbildungsmaßnahmen um 15,4 Prozent bedeutsam.

(Quelle: Statistisches Bundesamt)